



Liebe oder Heimat

Das Ausländergesetz zwingt Dänen aus dem eigenen Land

Marc Christoph Wagner

Die dänische Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik wurde in den vergangenen drei Jahren häufig kritisiert. Seit die bürgerliche Regierung Anders Fogh Rasmussens im November 2001 die politische Macht übernahm, wurden die Aufnahmekriterien mehrfach verschärft, die Zahl der Flüchtlinge und Zuwanderer sank markant.

Doch das Ende der Fahnenstange ist offenbar noch nicht erreicht. Vor allem die rechtspopulistische Dänische Volkspartei, von deren Unterstützung die Regierung im Parlament abhängig ist, fordert weitere Maßnahmen. So soll die Entwicklungshilfe an die Rücknahme von Staatsbürgern des betreffenden Landes gekoppelt werden. Außerdem sollen nur noch solche Flüchtlinge (!) Aufnahme finden, die sich in der dänischen Gesellschaft auch integrieren lassen. Mit anderen Worten: Wer Analphabet oder gar zu schwach oder zu alt ist, hat keine Chance. Doch schon heute hat das dänische Ausländergesetz einschneidende Konsequenzen – nicht für anonyme Gruppen, sondern für konkrete Personen. Und nicht alle Betroffenen sind Ausländer. In manchen Fällen werden eigene Staatsbürger gezwungen, das Land zu verlassen. Marc Christoph Wagner schildert einen solchen Fall.

Es ist ein ruhiger, grauer Morgen. Normalerweise ist die Öresund-Brücke hier aus dem neunten Stock des Hochhauses in der Norrbäcksgatan zu sehen. Heute liegt sie im Nebel. In der Küche kocht Kasper Hesselholdt Wasser für den Tee. In einer halben Stunde muss er aus dem Haus und hinüber auf die andere Seite des Sunds. Denn Kasper arbeitet in Kopenhagen, lebt jedoch im schwedischen Malmö – gemeinsam mit Raluca, seiner rumänischen Frau.

Kasper und Raluca kennen sich seit über drei Jahren. Selbst nach der Heirat lehnten die dänischen Behörden es ab, der jungen Rumänin eine Aufenthaltsgenehmigung zu geben. Der Grund ist die sog. 24-Jahre-Regel. Erst wenn man dieses Alter überschritten hat, erkennt der dänische Staat den Familienstatus an. Vor allem arrangierte Hochzeiten zwischen jungen Türken versuchen die Behörden mit dieser Gesetzgebung zu verhindern bzw. deren Anspruch, den Partner aus der Türkei automatisch auch nach Dänemark zu holen.

Das Gesetz sei ein wenig rassistisch, aber was soll man machen, fragt Raluca. Sie lernt nun schwedisch, hofft hier in Malmö

eine Aufenthaltsgenehmigung und nach fünf Jahren die schwedische Staatsbürgerschaft zu bekommen, um dann gemeinsam mit Kasper auf die andere, die dänische Seite des Öresunds zu ziehen:

*Dieses
Zuwanderungsgesetz
diskriminiert jeden
dänischen Staatsbürger,
der sich in einen
Ausländer oder eine
Ausländerin verliebt, ja,
es unterteilt das Land in
Bürger erster und zweiter
Klasse. Wer dies erst
einmal begreift, versteht
die Tragik.*

"Ich kann den Sinn dieses Gesetzes nicht verstehen, und frage mich, ob es ein Wunsch des Volkes oder nur der Regierung ist. Man kann Menschen wie mich doch ins Land lassen und sehen, wie wir uns verhalten – ob wir die Sprache lernen, uns um einen Job bemühen. Tun wir dies nicht, dann kann man uns die Aufenthaltsgenehmigung doch immer noch entziehen. Uns pauschal abzulehnen, das halte ich nicht für den richtigen Weg."

Kasper und Raluca sind wahrlich kein Einzelfall. Etwa eintausend Paare haben Dänemark in den vergangenen zwei Jahren verlassen, jeden Monat kommen fünfzig bis sechzig weitere hinzu. In Malmö selbst hat man nichts gegen die Zuzügler, sondern ist besorgt um den Ruf der Region. Schließlich, so Bürgermeister Ilmar Reepalu, profiliere man sich international als offene Region, die bemüht sei ausländische Unternehmen und ihre Mitarbeiter anzusiedeln:

"Seit acht Jahren arbeite ich für den Standort und dieses grenzüberschreitende Projekt. Seit zwei Jahren amtiert in Kopenhagen eine Regierung, die von der stark fremdenfeindlichen Volkspartei abhängig ist. Ich hoffe, die jetzige Phase wird sich als eine Klammer in der Geschichte erweisen,

und dass wir nach der nächsten Wahl wieder eine Regierung sehen, die die Idee einer offenen Öresundregion unterstützt."

Diese Hoffnung teilen nur einige Dänen. Die Bürgerinitiative „Ehe ohne Grenzen“ berät Paare wie Kasper und Raluca. Das Gesetz, so Sprecherin Ida Nielsen, sei nämlich bewusst kompliziert verfasst, um Betroffenen weitere Steine in den Weg zu legen. Und das versuche man auch der sog. Öffentlichkeit zu vermitteln:

"Viele Dänen begrüßen den Rückgang der Ausländer. Doch jeder, der mit einem konkreten Schicksal konfrontiert wird, ändert seine Meinung total. Dieses Zuwanderungsgesetz diskriminiert jeden dänischen Staatsbürger, der sich in einen Ausländer oder eine Ausländerin verliebt, ja, es unterteilt das Land in Bürger erster und zweiter Klasse. Wer dies erst einmal begreift, versteht die Tragik."

Die dänische Regierung sieht das naturgemäß anders. Mit der 24-Jahre-Regel, betont der verantwortliche Minister Bertel Haarder, wolle man verhindern, dass junge Menschen heirateten, gar Kinder zeugten, ohne vorher eine Ausbildung zu absolvieren. Genau dies nämlich sei oftmals die größte Hürde für eine erfolgreiche Integration. Von Fremdenfeindlichkeit, gar Rassismus könne keine Rede sein – schließlich gelte das Gesetz für Dänen und Ausländer gleichermaßen. Darüber wissen Kasper und Raluca ein Lied zu singen.

*(Abdruck mit freundlicher Genehmigung
des Deutschlandfunks.)*

Marc Christoph Wagner ist freier Journalist.